

Der lange Schatten des Putsches

Wie Honduras zum Dasein als „Bananenrepublik“ verdammt wird

von Mirko Petersen

Der Begriff „Bananenrepublik“ hat schon lange Eingang in unseren allgemeinen Sprachgebrauch gefunden. Bei Wikipedia wird der Begriff folgendermaßen definiert: „Als Bananenrepublik werden Staaten bezeichnet, in denen Korruption bzw. staatliche Willkür vorherrschen oder denen diese Eigenschaften zugeschrieben werden.“ Auffällig ist der rassistische Unterton, der bei der stark verallgemeinernden Nutzung des Begriffs heutzutage häufig mitschwingt, frei nach dem Motto: Der Süden, symbolisiert durch die dort wachsenden Bananen, ist es per se chaotisch, während „wir“ – die Zivilisierten – einer rationalen Ordnung folgen.

Der Begriff wurde ursprünglich im Jahr 1904 durch den US-amerikanischen Schriftsteller mit dem Pseudonym O. Henry geprägt. Er bezog sich dabei auf Honduras, da das Land seit dem Ende des 19. Jahrhunderts – ähnlich wie seine zentralamerikanischen Nachbarn – unter dem starken Einfluss der US-amerikanischen Fruchtfirma United Fruit Company stand. Hierauf nimmt auch der Duden bei der Definition der Bananenrepublik stärker Bezug, er beschreibt sie als „kleines Land in den tropischen Gebieten Amerikas, das besonders vom Export von Bananen lebt (und von fremdem, meist US-amerikanischem Kapital abhängig ist)“. Bereits bis zu den 1920er Jahren gelang es der United Fruit Company in Honduras, enorme Landflächen ebenso wie wichtige Straßen und Schienennetze unter ihre Kontrolle zu bringen. Der Bananenunternehmer Sam Zemurray äußerte einmal, dass in Honduras ein Maultier mehr als ein Parlamentsabgeordneter kostet und verdeutlichte damit, mit welcher Leichtigkeit sich politischer Einfluss erkaufen ließ.¹ Inzwischen ist der Anteil der Bananen am Gesamtexport gefallen und der von Kaffee und Fleisch gestiegen, außerdem verkauft das Land im Bergbau gewonnene Vorkommen wie Silber, Zink und Blei. Von den honduranischen Exporten profitiert nur eine kleine oligarchische Schicht, während das von knapp 8 Millionen Einwohnern bewohnte Land zu einem der ärmsten und gefährlichsten in der westlichen Hemisphäre zählt.

Prägend in der honduranischen Entwicklung ist der Einfluss des Militärs, das seit der 1821 errungenen Unabhängigkeit 126 Putsche initiierte. Beim letzten dieser Putsche am 28. Juni 2009, „als das honduranische Militär die demokratisch gewählte Regierung von Manuel Zelaya [...] stürzte, gab es vielleicht einen Seufzer der Erleichterung beim Unternehmensvorstand von Chiquita banana“², vermutet der US-Politologe Nikolas Kozloff. Chiquita, wie die United Fruits Company heute heißt, hatte sich Anfang 2009 dem Protest der Firma Dole gegen die Erhöhung des Mindestlohnes durch Regierung Zelaya von umgerechnet 126 auf 202 Euro angeschlossen. Zelaya wurde 2006 als Kandidat der Liberalen Partei gewählt, die neben der Nationalen Partei eine der zwei großen Parteien des Landes ist und den Status Quo des Landes weitgehend unangetastet ließ. Doch zum Missfallen der Oligarchie entpuppte sich Zelaya als moderater Reformler, der sich der – durch den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez gegründeten – Regionalorganisation ALBA (Alternative für die Völker unseres Amerikas) anschloss. Durch das Petrocaribe-Abkommen erhielt Honduras verbilligte Öllieferungen aus Venezuela. Durch diese Art der „Ressourcendiplomatie“ versucht Chávez, den star-

ken Einfluss der USA in Zentralamerika zurückzudrängen und den seines Landes auszubauen. So wunderte es auch nicht, dass der Befehlshaber des honduranischen Militärs, General Miguel Ángel García, in einem Fernsehinterview vom 5. August 2009 eine deutliche Anspielung auf die Rolle des venezolanischen Staats-

chefs bei dem Putsch machte: „Honduras und seine Streitkräfte haben den expansionistischen Plan eines südamerikanischen Führers zur Einführung eines als Demokratie verkleideten Sozialismus bis ins Herz der Vereinigten Staaten (sic) entdeckt.“³ Neben dieser, an den Kalten Krieg erinnernden, Rhetorik wurde die Entführung Manuel Zelayas und seine Exilierung nach Costa Rica mit den Plänen für ein vermeintlich illegales Referendum über eine Verfassungsreform erklärt, die eventuell eine Aufhebung des Wiederwahlverbots des Präsidenten beinhaltet hätte. Am Tag des Putsches sollte dieses Referendum stattfinden, das lediglich über die Zusammenkunft einer Nationalversammlung zur Beratung über Verfassungsänderungen entschieden hätte. Es handelte sich hier um einen zivil-militärischen Putsch, was lediglich bedeutet, dass die Streitkräfte nicht selbst die Regierung stellten. Dies sollte die symbolische Wirkung der durchaus folgenreichen Ereignisse in Honduras abmildern, da die kollektive Erinnerung an die brutalen Militärregime wie u.a. in Argentinien (1976-83) und Chile (1973-90) in ganz Lateinamerika noch sehr lebendig ist.⁴

Mehr als nur ein Reformstopp

Aus heutiger Sicht lässt sich festhalten, dass der Sturz Zelayas noch weitreichendere Folgen als das Ende seiner Reformen hatte. Nach dem Putsch wurde zunächst der Kongresspräsident Roberto Micheletti zum Übergangspräsidenten ernannt, ehe am 29. November desselben Jahres Wahlen stattfanden. „Während des Wahlkampfes wurden kritische Medien geschlossen und friedliche Demonstrationen der Opposition gewaltsam aufgelöst.“⁵ Aus diesen Wahlen ging Porfirio Lobo von der Nationalen Partei als Sieger hervor. Ein großer Teil der Bevölkerung blieb den Urnen jedoch aus Protest fern, einige soziale und politische Gruppen sprachen von einer Enthaltung von 65 bis 70 Prozent.⁶

Der durch diese Umstände nicht demokratisch legitimierte Präsident Lobo machte sich daran, den ohnehin dürftigen honduranischen Sozialstaat weiter zu attackieren. Kleinbauern zugesprochenes Land wurde diesen wieder entrissen, der Mindestlohn wurde komplett gestrichen, Zeitarbeit wurde eingeführt (ArbeiterInnen können auch für wenige Stunden eingestellt werden, ihr Status ist also noch prekärer als der von TagelöhnerInnen), Bildung wurde privatisiert und die Erlaubnis zur Privatisierung aller nationaler Ressourcen erteilt.⁷ Der Kurswechsel in der Energiepolitik zeigte sich bereits mit dem Austritt aus den durch Venezuela geführten Initiativen ALBA und Petrocaribe. Die Regierung Lobo hat nun bereits angekündigt, Konzessionen an die Firma British Gas (BG) zum Abbau von fossilen Brennstoffen in einem Gebiet von 3.500 km² vor der Küste der Region Moskitia zu vergeben. Dieses Gebiet gilt als größtes zusammenhängendes unberührtes Gebiet in Mittelamerika und wird von indigenen Gruppen bewohnt, die die geplante Ausbeutung mit dem Verweis auf Umweltkatastrophen wie die Ölpest im Golf von Mexiko im Jahr 2010 scharf kritisierten.⁸

Seit dem Putsch nahm die Gewalt in Honduras noch einmal deutlich zu. Wie der Journalist John Perry betont, steht diese Gewalt in klarem Zusammenhang mit dem neuen Regime, auch

wenn dessen Unterstützer versuchen, dies abzustreiten. „Zum Beispiel behaupten sie, dass die Gewalt einfach in Zusammenhang mit Gangs und Drogen steht und sie argumentieren, dass viele von den ermordeten Journalisten für konventionelle Medien gearbeitet haben und nicht politisch aktiv waren. Allerdings gibt es zwei wichtige Gründe, warum es falsch ist, nicht die politischen Entwicklungen für Honduras' jüngste desaströse Bilanz verantwortlich zu machen. Der erste ist, dass der Coup und das Ausbleiben von dessen Verurteilung seitens der honduranischen Elite (oder ihrer US-Verbündeten), den Einfluss des Militärs und der Polizei merklich gestärkt hat. Nicht nur, dass die Armee das Instrument des Putsches war, sie bekommt auch weiterhin US-Hilfe (gerechtfertigt durch den Krieg gegen Drogen) und sowohl die Armee als auch die Polizei genießen ein hohes Maß an Straflosigkeit für Hinrichtungen und Verschwindenlassen, womit die Sicherheitskräfte regelmäßig in Verbindung gebracht werden. [...] Der zweite Grund, das politische Establishment Honduras' für die Gewalt-Bilanz verantwortlich zu machen, ist die Repression, die gegen Gegner des Putsches und jede Art progressiver Kräfte, auf dem Land wie in der Stadt, entfesselt wurde. Die honduranische Elite ist gewillt, an ihrer privilegierten Stellung festzuhalten, die von Zelaya gefährdet wurde. Sie ist für jede Anwendung von Gewalt durch die Armee, die Polizei und angeheuerte Gangster, deren Aufgabe es ist, ihre Gegner einzuschüchtern und wo nötig zu eliminieren.“⁹

Die oppositionellen Kräfte, gegen die vorgegangen wird, sind heterogen. Zum einen sind Bauernorganisationen zu nennen, die über 12.000 Hektar Land besetzt halten. Die BesetzerInnen beanspruchen das vom Staat an wenige Großgrundbesitzer verkaufte Land für sich, um Mais, Reis und Bohnen anzubauen. Im Zuge dieser Landkonflikte kommt es immer wieder zur Entsendung von Polizei und Militär. In der nördlichen Krisenregion Bajo Aguán wurden seit Anfang 2010 bereits über 50 Bauern und Bäuerinnen ermordet.¹⁰ Zum anderen geraten Indigene, wie die Mitglieder der Organisation COPINH, in den Fokus der repressiven Staatsgewalt, zum Beispiel wenn sie sich großen Bauprojekten und den dahinter stehenden ökonomischen Interessen entgegenstellen.¹¹ Außerdem wurden Berichten der Organisation Catrachas zufolge zwischen September 2008 und März 2012 75 Angehörige der LBGT-Gemeinschaft (Lesben, Schwule, Bi- und Transsexuelle) ermordet, unter ihnen politisch engagierte AktivistInnen. Die Aggression habe besonders nach dem Putsch von 2009 zugenommen.¹²

Die ambivalente Rolle der USA und Europas

Die ersten Reaktionen aus Washington und Brüssel auf den Sturz Manuel Zelayas waren – anders als bei ähnlichen Fällen in der Vergangenheit – deutlich kritischer. US-Präsident Barack Obama stellte klar, dass nur Zelaya der legitime honduranische Präsident sei und die Europäische Union verweigerte der Putschregierung die Anerkennung. Auf das Drängen vieler lateinamerikanischen Regierungen wurde Honduras aus der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) ausgeschlossen, ehe es im Mai 2011 – nachdem Manuel Zelaya die Rückkehr ins Land erlaubt wurde – wieder aufgenommen wurde. Doch schon schnell nach den anfänglichen Verurteilungen sollte die neue Situation zu US-amerikanischem und europäischem Vorteil genutzt werden.

Das US-amerikanische Eingreifen für seine geopolitischen Interessen sowie für die Geschäfte einiger großer Firmen in seinem zentralamerikanischen „Hinterhof“ besitzt eine lange Geschichte. Nicht nur unter Militärdiktaturen, sondern auch in Zeiten von (mehr oder weniger) demokratischen Regimen wurde Honduras an der kurzen Leine Washingtons gehalten.¹³ Von honduranischem Boden aus wurde zudem im Jahr 1954 der demokratisch

gewählte Präsident Guatemalas, Jacobo Arbenz, gestürzt und in den 1980er Jahren gegen die Sandinisten in Nicaragua vorgegangen (die dort aktuell wieder die Regierung stellen). In Zeiten, in denen Südamerika ein deutlich eigenständiger Akteur geworden ist, soll aus Sicht vieler US-AußenpolitikerInnen zumindest Zentralamerika weiter fest umklammert werden. Honduras ist zudem von Bedeutung, da es einen wichtigen Stützpunkt für den so genannten Kampf gegen Drogen darstellt.

Nach der anfänglichen Kritik des honduranischen Putsches von 2009 stellte Washington die weitere politische Entwicklung, besonders nach der Wahl Lobos, nicht mehr infrage. Durch die neue politische Situation schienen sich sogar neue Möglichkeiten im Drogenkrieg zu ergeben. Da ein Drittel aller Drogen, die von Kolumbien über Zentralamerika in die USA gelangen, Honduras passieren, kommt dem Land verstärkte Aufmerksamkeit zu. Mit Genehmigung der Regierung Lobo wurden drei neue Stützpunkte für den Anti-Drogen-Kampf errichtet. Zu diesem Thema schrieb der Journalist Thom Shanker im Mai 2012 einen Artikel in der New York Times.¹⁴ Shanker hebt hervor, wie die neuen Erfahrungen der Aufstandsbekämpfung in Afghanistan und dem Irak den USA nun in Honduras zugute kämen. Auch in Honduras trafen die SoldatInnen auf ein Land „mit weiten unregierten Gebieten [...] und einer der höchstens Pro-Kopf-Mordraten der Welt“. Leiter der Mission ist Colonel Ross A. Brown, der 2005 bis 2006 Kommandierender in Süd-Baghdad war und nun mit einer aus 600 Personen bestehenden Truppe für Zentralamerika zuständig ist. Seine Aufgabe sei es, unauffällig zu agieren und eng mit den Sicherheitskräften und Behörden vor Ort zu kooperieren. Laut Shanker zeige sich hier allgemein die neue Art der US-amerikanischen Kriegsführung: kleine Missionen mit einer begrenzten Truppenanzahl, Partnerschaft mit Militär und Polizei vor Ort und eng definierte Ziele, gerichtet gegen Aufständische, TerroristInnen oder kriminelle Gruppen, die die US-amerikanischen Interessen gefährden. Doch das geforderte unauffällige Vorgehen gelang zumindest am 11. Mai 2012 nicht. Von Helikoptern der US-amerikanischen Drogenkriegseinheit aus wurde auf ein Boot geschossen, auf dem irrtümlicherweise DrogenschmugglerInnen vermutet wurden. Vier Menschen starben bei dem Angriff, unter ihnen zwei schwangere Frauen. Die Ereignisse wurden hinterher nicht von US-Behörden, sondern von der Menschenrechtsorganisation Alliance for Global Justice and Rights Action aufgearbeitet.¹⁵

Auch die Europäische Union ließ ihre Kritik schnell fallen als es darum ging, möglichst schnell ein Freihandelsabkommen mit Zentralamerika zu unterzeichnen, was schließlich im Mai 2010 auf dem EU-Lateinamerika-Gipfel in Madrid geschah. Dafür nahm „die EU kaum vorstellbare Verrenkungen und Tricks in Kauf [...]“. Im Vorfeld des Gipfels drohten die meisten südamerikanischen Staaten, ihre Teilnahme am Gipfel für den Fall, dass Lobo eingeladen werde, abzusagen. Daraufhin sagte Lobo seine offizielle Teilnahme am Gipfel ab und flog ‚inoffiziell‘ nach Madrid. An allen offiziellen Treffen im Rahmen des Gipfels nahm er nicht teil, jedoch wurde er zur Unterzeichnung des Abkommens zwischen der EU und Zentralamerika zugelassen. Damit wurde die Regierung Lobo von der EU kurzerhand als legitimer Vertreter der honduranischen Bevölkerung erklärt.“¹⁶ Hinzu kommt, dass die EU im Zuge des „Programms zur Stärkung des Sicherheitssektors“ (PASS) der honduranischen Polizei und Justiz 47 Mio. Euro zur Verfügung stellte, offiziell um diese in Menschenrechtsfragen zu schulen.¹⁷ Sollte das offiziell erklärte Ziel als Maßstab dienen, kann es in Anbetracht der gewalttätigen Repression gegen die Opposition aus heutiger Sicht getrost als gescheitert angesehen werden.

Bei der Legitimierung des Putsches tat sich die deutsche, FDP-



Nach dem Putsch 2009 gegen Manuel Zelaya gehen Tausende von Menschen auf die Straße, um gegen den Putsch und die Übergangsregierung zu protestieren. Fotos: Yamil Gonzales, CC-Lizenz über Wikipedia.

nahe Friedrich-Naumann-Stiftung (FNS) in besonderem Maße hervor. Der FNS-Vertreter in Honduras, Christian Lüth, verteidigte den Putsch trotz der internationalen Ächtung als „Rückkehr zu Rechtsstaat und Verfassungsmäßigkeit“. Vertreter der durch die FNS finanzierten Jugendorganisation „Generation für den Wandel“ gingen zudem gewaltsam gegen Anhänger Zelayas vor.¹⁸ Die Konrad-Adenauer-Stiftung bildet die Regierung Lobo mit Seminaren und Schulungen über die Themen „Soziale Marktwirtschaft“ und „Christdemokratische Werte“ aus.¹⁹ Diese Aktivitäten deutscher Parteien und Stiftungen aus dem schwarz-gelben Spektrum lassen sich auch anderswo in Lateinamerika (Venezuela, Paraguay, Argentinien)²⁰ beobachten. Sie richten sich gegen Regierungen bzw. Parteien oder Bewegungen, die sich für eine neue globale Rolle der Region in der Welt einsetzen und dabei den Einfluss europäischer Staaten sowie der EU als Gesamtes infrage stellen.

Honduras als Experimentierfeld für Charter Cities

Trotz anfänglicher Kritik akzeptierten und unterstützen die USA und Europa also weitgehend den Entdemokratisierungsprozess in Honduras. Zunächst einmal manifestierten die Eliten durch den zivil-militärischen Putsch und die Machtübernahme der Regierung Lobo Honduras' Status als so genannte Bananenrepublik, also als formale Demokratie mit korruptierten Institutionen, die die Bereicherung einer kleinen Oligarchieschicht durch Exporte absichern. Doch darüber hinaus bot die Regierung Lobo an, Honduras zum Experimentierfeld für ein neues Projekt zu machen, das bei Gelingen Modellcharakter für so genannte Dritte-Welt-Länder haben könnte: Charter Cities. Erfinder ist ein Wirtschaftsprofessor der New York University, Paul Romer, der sich selbst als Visionär im Kampf gegen Armut sieht. Auf der Startseite der Homepage des Charter-Cities-Projekts wird mit einem Zitat von ihm geworben: „Es gibt kein Hindernis, außer dem Fehlen von Vorstellungskraft, das uns davon abhält, eine wahre globale win-win-Lösung hervorzubringen.“²¹

„Sein vermeintlich einfaches Prinzip: Nimm ein Stück unbewohntes Land, das groß genug für mehrere Millionen Menschen ist, bau eine Stadt darauf, regiere sie mit erprobten Gesetzen und lasse diejenigen dort hinziehen, denen die Idee gefällt.“²² Charter Cities wären vollkommen autonom vom Zentralstaat und hätten eine eigene Regierung, eigene Gesetze und eine eigene Polizei. Zudem sollen sie auch in der Lage sein, selbstständig internationale Handelsabkommen zu unterschreiben. Durch eine eigene Migrationspolitik könnten auch nicht-honduranische StaatsbürgerInnen in den Charter Cities arbeiten und leben. Hauptsächliches Ziel



der Städte soll es sein, durch niedrige Steuern ausländische InvestorInnen anzulocken. An den Zentralstaat müssten keinerlei Abgaben gezahlt werden. Für das Projekt sollen andere Staaten gewonnen werden, die beim Aufbau der erforderlichen Institutionen behilflich sein sollen. Finanziell engagiert sich neben US-Investoren auch das Land Südkorea mit vier Millionen Dollar, „aus Neugierde, ob das Projekt funktioniert“.²³ In Honduras gibt es Pläne für drei solcher Städte.

Welches Demokratieverständnis hinter den Charter-Cities steht, lässt sich schon bei der Nennung der Vorbilder erkennen: Hongkong, Singapur und die chinesischen Sonderwirtschaftszonen. „Regiert werden sollen die Gebiete von einem Gouverneur, der von einem Aufsichtsrat kontrolliert wird. Zu Beginn bestimmen die privaten Investoren die Gesetze und Verantwortlichen, demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten die Bewohner erst später.“²⁴ Die Charter Cities wären also vorerst als Inseln des autoritären Turbokapitalismus konzipiert, in denen sich der letzten „störenden“ demokratischen Elemente auch noch entledigt wird.

Von Seiten sozialer Organisationen wurde in Honduras gegen die Charter Cities mobilisiert. Es wird der endgültige Ausverkauf des Landes befürchtet. Mit der Behauptung, es würde unbewohntes Land nutzbar gemacht, bedient sich das Charter-Cities-Projekt zudem einer Rhetorik, die kolonial anmutet. Denn ebenso wenig wie die Amerikas vor ihrer „Entdeckung“ unbewohnt waren, sind es die Gebiete, in denen die drei Städte errichtet werden sollen. 24 Garifuna-Gemeinden, Nachfahren afrikanischer SklavInnen, wären beim Bau der Charter Cities von einer Vertreibung bedroht und ihnen würde ihre Lebensgrundlage entzogen werden.²⁵ Ungeachtet der Proteste trieb die Politik das Projekt voran, ehe die Modellstädte im November 2012 vom Obersten Gerichtshof des Landes für verfassungswidrig erklärt wurden. Die Mehrheit der Richter sah in dem Projekt eine Verletzung der nationalen Souveränität und der festgelegten Regierungsform. Dieser Widerstand der verbliebenen honduranischen Rechtsstaatlichkeit wurde von den sozialen Bewegungen begrüßt und sorgte für Enttäuschung bei der Regierung.²⁶ Das Charter-Cities-Projekt ist nun bereits in Jamaika im Gespräch, nachdem es vor dem Versuch in Honduras bereits in Madagaskar gescheitert war.²⁷

Opposition und möglicher erneuter Putsch

Der Widerstand gegen den Putsch und die darauf folgenden Entwicklungen in Honduras war und ist massiv. Nach dem Putsch versammelten sich mehr als eine Million Menschen auf den Straßen, um die sofortige Rückkehr Zelayas zu fordern. Auch die starken Repressionen gegen jegliche Form von Opposi-



tion unter der Übergangsregierung Micheletti und der Regierung Lobo haben den Widerstand nicht brechen können. Im November 2013 werden die nächsten Präsidentschaftswahlen stattfinden. Da der 2011 ins Land zurückgekehrte Zelaya selbst nicht erneut antreten kann, wird seine Frau, Xiomara Castro, diesen Part übernehmen. Sie wird für die neu gegründete Partei „Freiheit und Neugründung“ (Libre) antreten, die die Unterstützung vieler sozialer Bewegungen und Gewerkschaften im Rücken hat.²⁸ Sollte diesem Bündnis der Wahlsieg gelingen, ergäbe sich die Möglichkeit, die Politik der letzten Jahre zu stoppen und Honduras – basierend auf den schockierenden Erfahrungen der letzten Jahre – grundlegender umzugestalten, als Zelaya es in seiner ersten Amtszeit tat.

Doch die Oligarchie und das Militär sind sich dieser Bedrohung durchaus bewusst und so scheint sogar ein erneuter Putsch nicht ausgeschlossen zu sein. Porfirio Lobo spricht bereits von einer Verschwörung gegen ihn, initiiert von denjenigen, denen er seine Präsidentschaft erst verdankt.²⁹ In wie weit diesen Gerüchten Glauben geschenkt werden kann, bleibt abzuwarten, aber die Ideen hinter einem weiteren Putsch sind klar. Auf der einen Seite ließen sich so freie Wahlen verhindern, aus denen Xiomara Castro als Siegerin hervorgehen könnte. Auf der anderen Seite herrscht – zumindest bei Teilen der Elite – auch Unzufriedenheit über die bisher erzielten Ergebnisse. Unter den aktuellen Umständen ließ sich der Widerstand, u.a. der Bauernorganisationen gegen Großgrundbesitzer, noch nicht brechen und der Bau der Charter Cities konnte nicht realisiert werden. Teile der Oligarchie könnten mit Hilfe des Militärs gewillt sein, die wenigen verbliebenden demokratischen Elemente in Honduras ebenfalls zu eliminieren – noch mehr Autokratie, über die Bananenrepublik hinaus! Es gilt also, die Entwicklungen in Honduras im Jahr 2013 verstärkt zu beobachten.

Anmerkungen

- 1 Vgl.: Kozloff, Nikolas: From Arbenz to Zelaya. Chiquita in Latin America (*Counterpunch*, 17.-19.07.2009).
- 2 Ebd.
- 3 Zitiert nach Lemoine, Maurice: Una advertencia llamada Honduras. Juego turbio entre Washington y Bogotá, in: *Le Monde Diplomatique* Edición Cono Sur, September 2009.
- 4 Vgl.: Brieger, Pedro: Honduras 2009/Paraguay 2012. Neogolpes, in: *Le Monde Diplomatique* Edición Cono Sur, Juli 2012.
- 5 Schmidt, Andrés: Solidarität ist keine Einbahnstraße, IMI Standpunkt 23/2011.
- 6 Vgl.: Neuber, Harald: Wahlfarce in Honduras gescheitert (amerika21.de, 30.11.2009).
- 7 Vgl.: Lemoine, Maurice. Tiembla el poder hondureño. Tras el Acuerdo de Cartagena de Indias, in: *Le Monde Diplomatique* Edición Cono Sur, Juni 2011.
- 8 Vgl.: amerika21.de: Honduras will Erdölkonzessionen an British Gas vergeben, 03.11.2012.
- 9 Perry, John: Honduras – three years after the coup (*Open Democracy*, 27.06.2012).
- 10 Vgl.: Heuwieser, Magdalena: Über 12.000 Hektar Land in Honduras besetzt (amerika21.de, 12.04.2012).
- 11 Vgl.: amerika21.de: Versuchtes Attentat auf Indigenenrat in Honduras, 15.06.2012.
- 12 Vgl.: amerika21.de: US-Kongressmitglieder fordern Aufklärung der LGBT-Morde, 11.07.2012.
- 13 Die 1981 gewählte Regierung unter Roberto Suazo Córdova bezeichnete der honduranische Aktivist und Politiker Juan Almeyda als „eine Regierung mit zivilem Gesicht und militärischem Herzen“. Der oberste General des Militärs, Gustavo Álvarez wurde von den Militärs der argentinischen Diktatur (1976-83) ausgebildet (vgl.: Almeyda, Juan: *El halcón y el colibrí. Estados Unidos y el golpe militar en Honduras*, in: *Le Monde Diplomatique* Edición Cono Sur, August 2009).
- 14 Vgl.: Shanker, Tom: Lessons of Iraq Help Fight a Drug War in Honduras (nytimes.com, 05.12.2012).
- 15 Vgl.: Perry: Honduras – three years after the coup, s.o.
- 16 Schmidt: Solidarität ist keine Einbahnstraße, s.o.
- 17 Vgl.: ebd.
- 18 Vgl.: Neuber, Harald: Putschisten als Schützer des Rechts? (amerika21.de, 07.09.2009); Christian Lüth wurde inzwischen befördert und arbeitet im Entwicklungsministerium (vgl.: Neuber, Harald: Putsch-Verteidiger soll Entwicklungshilfe leiten (amerika21.de, 19.09.2011)).
- 19 Vgl.: amerika21.de: Konrad-Adenauer-Stiftung schult De-facto-Regierung Lobos, 14.08.2012.
- 20 Einflussnahme in Venezuela vgl.: Niebel, Ingo: Ex-Minister Glos unterstützt Venezuelas Opposition (amerika21.de, 20.06.2012); in Paraguay vgl.: amerika21.de: Minister Niebel unterstützt Sturz von Präsident Lugo, 24.06.2012; in Argentinien vgl.: Knobbe, Janina: Naumann-Stiftung mobilisiert in Argentinien (amerika21.de, 09.12.2012).
- 21 chartercities.org.
- 22 Methling, Inga: Kampf gegen Kriminalität. Honduras erlaubt Gründung privater Stadtstaaten (sueddeutsche.de, 07.09.2012).
- 23 Ebd.
- 24 Ebd.
- 25 Vgl.: Büttner, Kirstin: Mobilisierung gegen „Charter-Städte“ in Honduras (amerika21.de, 23.07.2012).
- 26 Die Justiz kann jedoch nicht als prinzipielle Verbündete der Protestbewegung betrachtet werden.
- 27 Vgl.: Schwäbl, Johannes: Modellstädte in Honduras verfassungswidrig (amerika21.de, 17.11.2012).
- 28 Vgl.: Beutler, Benjamin: Honduras' Ex-Präsident Zelaya gründet Linkspartei (amerika21.de, 19.04.2012).
- 29 Vgl.: pagina12.com.ar: Lobo se siente Zelaya, 07.12.2012. www.pagina12.com.ar